



Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel

Er scheint werktäglich. Für Mitglieder des Börsenvereins ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag eingeschlossen. Die ganze Seite umfaßt 360 viergespaltene Pefitzellen, die Zeile oder deren Raum kostet 75 Pfennige; Mitglieder des Börsenvereins zahlen für eigene Anzeigen 25 Pfennige für die Zeile, für $\frac{1}{4}$ S. 75 M., $\frac{1}{2}$ S. 38 M., $\frac{1}{3}$ S. 20 M., Stellen- gesuche werden mit 20 Pf. die Zeile berechnet. In dem illustrierten Teil: für Mitglieder des Börsenvereins $\frac{1}{4}$ S. 32 M., $\frac{1}{2}$ S. 60 M., $\frac{1}{3}$ S. 115 M., für Nichtmitglieder 70 M., 135 M., 230 M. Beilagen werden nicht angenommen. — Beiderseitiger Erfüllungsort ist Leipzig.

Eigentum des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig

Nr. 47 (N. 24).

Leipzig, Donnerstag den 13. März 1919.

86. Jahrgang.

Redaktioneller Teil.

Bekanntmachung.

Wien, am 20. Februar 1919.

Seit November vorigen Jahres ist es uns leider nicht mehr möglich, Marktwährung von der Devisenzentrale zu erhalten, und die Zahlung unserer Verbindlichkeiten in Kronenwährung ist vielen Verlegern nicht erwünscht. Wir haben aber Hoffnung, sobald die seit Monaten schwebenden Verhandlungen wegen eines neuen Markdarlehens zum Abschluß gelangt sein werden, so wie früher wieder Markwährung zu erhalten, und ersuchen daher dringend die Herren Verleger und Kommissionäre, sich noch einige Zeit in Geduld zu fassen und den deutsch-österreichischen Sortimentern keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten. Wir sind unausgesetzt bemüht, einen Ausweg zu finden, der beiden Teilen gerecht werden kann.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand

des Vereines der österreichisch-ungarischen Buchhändler.

Der Vorsitzende:

Wilhelm Müller,

Der Schriftführer:

Robert Mohr.

Der Schatzmeister:

Oscar R. von Hölder.

Streik in Leipzig.

Seit dem 26. Februar ist das Börsenblatt nicht mehr erschienen. Die für den folgenden Tag bestimmte Nummer 46 lag fertig im Satz vor, konnte jedoch erst gestern gedruckt werden, da inzwischen jene Ereignisse über Leipzig hereinbrachen, über die wir den Lesern nachstehend einige Aufklärungen geben möchten.

Nachdem in einer Versammlung der Leipziger Arbeiterräte und Betriebsausschüsse am 26. Februar mitgeteilt worden war, daß die Abstimmung in den Betrieben rund 40000 Stimmen für den Generalstreik und nur etwa 5000 Stimmen dagegen ergeben habe, trat die Leipziger Arbeiterschaft in den Streik ein. Es handelte sich dabei nicht um eine Maßnahme zur Durchführung höherer Löhne oder Gehaltsforderungen, sondern um eine politische Demonstration, durch die der Rücktritt der Regierung Ebert-Scheidemann und die Inangriffnahme der Sozialisierung der Betriebe erzwungen werden sollten. Mehr noch als diese beiden in den Vordergrund gestellten Programmpunkte spielte in diesen Streik — von den Interessen der verschiedenen lokalen politischen Machtgruppen abgesehen — wohl die Absicht hinein, die Tätigkeit der Nationalversammlung in Weimar lahmzulegen, in allen Orten rings um Weimar den Generalstreik zu entfesseln und dadurch den Sitz der Nationalversammlung von der Außenwelt abzusperren. Mit der Besetzung Halles durch die Regierungstruppen ist diese Absicht vereitelt, die spartakistische Absperrung Weimars durchbrochen worden.

Als Protest gegen den Streik der Arbeiter erließ der Leipziger Bürgerausschuß bereits am 26. Februar eine Kundgebung, in der die gesamte Leipziger Kaufmannschaft, die Handwerker, das Beamtentum von Stadt und Staat, Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte usw. aufgefordert wurden, in einen Gegenstreik einzutreten. Dieser Aufforderung ist in weitem Umfange entsprochen und der Solidarität der Interessen des gesamten Bürgertums

unter Führung des Bürgerausschusses dadurch ein deutlich erkennbarer Ausdruck gegeben worden, daß in allen Betrieben, namentlich auch von der Beamenschaft, die Arbeit eingestellt wurde. Selbst Ärzte und Apotheker beteiligten sich an diesem Streik, teils aus Sympathie für das Bürgertum, teils gezwungen durch das Versagen der Gas- und Elektrizitätswerke. Nur die Schulen und Lehrer nahmen nicht daran teil, dafür aber mehr als die Hälfte ihrer Schüler. Für das Bürgertum handelte es sich darum, einerseits Stellung gegen die politischen Forderungen der gegenwärtigen Leipziger Machthaber zu nehmen, andererseits aber Front gegen die Anschauung zu machen, daß es einzig von dem Belieben und dem Willen der Arbeiter abhängt, wann gearbeitet werden dürfe und wann nicht. Hatte doch die Arbeiterschaft um so weniger Ursache auf dem Wege des Streiks für politische Forderungen einzutreten, als sie ja gegenwärtig die Macht in den Händen hat, also den Streik nicht mehr damit rechtfertigen kann, daß er das erlaubte Kampfmittel der Unterdrückten und Rechtlosen sei. Tatsächlich ist auch der Streik von der Leipziger Arbeiterschaft ohne große Begeisterung geführt worden, da es sich dabei gar nicht um Forderungen der Arbeiter, sondern vielmehr um einen Machtkampf zwischen der gemäßigten Gruppe der herrschenden Partei und den am weitesten linksstehenden Unabhängigen handelte. Die meisten Arbeiter wußten wohl gar nicht, worum der Kampf ging, und noch weniger, was dabei zu gewinnen oder zu verlieren war.

Die Folge dieses Streiks und Gegenstreiks war zunächst die Stilllegung aller Betriebe, die Einstellung jeden Verkehrs, sowie das Versagen der Elektrizitäts- und Gaswerke, da sich auch die Eisenbahner und die Arbeiter der städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke dem Streik anschlossen. Der Bahnverkehr wurde bereits am 26. Februar abends eingestellt, die Licht- und Kraftquellen tags darauf außer Betrieb gesetzt. Vom 27. Februar bis 10. März früh war Leipzig ohne Licht und zum Teil auch ohne Kohle, da auch die Bergarbeiter in den Kohlengruben der benachbarten Orte Borna und Meuselwitz sich an dem Sympathiestreik beteiligten und an ein Wegschaffen der Lagervorräte mangels aller Verkehrsmittel und verfügbaren Arbeitskräfte nicht zu denken war. Obwohl die Postbeamten sich neutral verhielten, gingen infolge der Bahnsperre nur in den ersten Tagen des Generalstreiks Briefe und Drucksachen von auswärts ein; später blieb die Tätigkeit der Post mit geringen Ausnahmen auf den postalischen Verkehr innerhalb der Stadt selbst beschränkt. So war Leipzig während dieser Zeit ganz von der Welt abgeschnitten und weder imstande, Kunde nach auswärts gelangen zu lassen, noch von dort Zeitungen oder Nachrichten zu erhalten. Auch der Fernsprechverkehr war nach den meisten Orten so gut wie ganz eingestellt und Leipzig in bezug auf Mitteilungen von auswärts auf die wenigen Zeitungen und Flugblätter beschränkt, die über Leipzig abgeworfen wurden oder mit der auf der Strecke Berlin — Leipzig — Weimar eingerichteten Luftpost hier eintrafen.

Von Leipziger Zeitungen erschien während des Streiks nur die Leipziger Volkszeitung (unabhängig), die natürlich in ihrer Weise zu allen Vorkommnissen und Fragen Stellung nahm. Berichtigungen durch die bürgerliche Presse konnten ihr nicht